

## PRESSEMITTEILUNG

Nr. 05/2017

Leipzig, den 14. Juni 2017

### **Nicht WEITER WIE BISHER sondern SCHLIMMER DENN JE**

#### **GEW Sachsen zur Vorbereitung des Schuljahres 2017/18**

Zur Einstellung von Lehrkräften in Sachsen erklärt die sächsische Bildungsgewerkschaft GEW: Die Bewerberzahlen sprechen eine deutliche Sprache: Die Personalprobleme der Schulen werden im kommenden Schuljahr weiter wachsen. Der Lehrerberuf wird an vier von fünf Schularten kaum oder nicht durch entsprechend ausgebildete Lehrkräfte gedeckt werden können. Verschärft wird sich die Situation noch dadurch, dass zum 2. Schulhalbjahr wegen der Umstellung des Vorbereitungsdienstes in Sachsen kaum Absolventen zur Verfügung stehen werden.

In einigen Schularten und Regionen werden die notwendigen Einstellungen selbst dann nicht realisiert werden können, wenn man jede Bewerbung eines Seiteneinsteigers/ einer Seiteneinsteiger\*in berücksichtigt.

Selbst an der Schulart Gymnasium sind Einschränkungen nicht zu vermeiden. Hier fehlt es nicht an Bewerber\*innen, sondern an Lehrerstellen.

Es wird weder gelingen, auf die steigenden Schülerzahlen mit der Einstellung von – für den Lehrerberuf - qualifiziertem Personal zu reagieren, noch die ausscheidenden Lehrer\*innen zu ersetzen. Noch größere Klassen, noch mehr Unterrichtsausfall, noch stärkerer Abbau von Förderangeboten und noch weitere Überlastungen der Lehrkräfte werden die Folge sein.

Uschi Kruse, GEW-Landesvorsitzende:

„Es ist unerträglich, in welchem Maße derzeit die Qualität der schulischen Bildung in Sachsen und die Bildungsgerechtigkeit beschädigt werden. Dass kein politisch Verantwortlicher für dieses Desaster die Verantwortung übernimmt, ist bemerkenswert. Wenigstens jetzt muss verantwortungsbewusst gehandelt werden. Dazu reichen weder leicht beschönigende Beschreibungen der derzeitigen Lage, noch der Versuch, mit vergleichsweise kleinen Maßnahmen ein großes Problem zu lösen. Nur wenn eine längerfristige und adäquate Lösung gefunden wird, werden Kinder, Eltern und Lehrer\*innen die Zeche nicht zahlen müssen. Die Situation ist schlimmer denn je, deshalb kann es kein WEITER WIE BISHER mehr geben.“

Nachfragen möglich unter 0172 350 43 86 (Frau Kruse)